

der Redaktor Josef Czernin im Delegationsamt.

funden hat, ist die Meinungsdivergenz unseres deutschen Bundesgenossen und der Petersburger Regierung über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Völker, nämlich jener Gebiete, die von deutschen Truppen besetzt sind.

Erstens steht Deutschland auf dem berechtigten Standpunkte, daß die zahlreich erfolgten Willensäußerungen nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit seitens der legislativen Korporationen, der Gemeindevertretungen usw. in den okkupierten Provinzen als provisorische Basis für die Volksmeinung zu gelten hätten, welche nachher durch ein Volksvotum auf breiter Basis zu überprüfen seien — ein Standpunkt, welchem die russische Regierung vorerst noch ablehnend gegenübersteht, da sie den bestehenden Organen in Kurland und Litauen das Recht, im Namen dieser Provinzen zu sprechen, nicht zuerkennt — ebensowenig wie den polnischen.

Zweitens: Darin, daß Rußland verlangt, daß dieses Volksvotum stattfinden, nachdem sich sämtliche deutschen Truppen und Verwaltungsorgane aus den okkupierten Provinzen zurückgezogen haben, während Deutschland darauf hinweist, daß eine solche bis in die äußersten Konsequenzen durchgeführte Coaquierung ein Vakuum schaffen würde, welches den Ausbruch der vollständigen Anarchie und der größten Not unweigerlich hervorgerufen müßte. Es muß hier erklärt werden, daß alles, was heute in den okkupierten Provinzen das staatliche Leben ermöglicht, deutscher Besitz ist. Die Bahnen, die Post, der Telegraph, die ganzen Industrien, aber auch der ganze Verwaltungsapparat, die Polizei, die Rechtspflege, alles das liegt in deutschen Händen. Die plötzliche Zurückziehung dieses ganzen Apparats würde tatsächlich einen Zustand schaffen, der praktisch nicht haltbar erscheint. In beiden Fragen handelt es sich darum, einen Mittelweg zu finden, der gefunden werden muß. Die Differenzen bei beiden Standpunkten sind meiner Ansicht nach nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen rechtfertigen zu können. Aber solche Verhandlungen lassen sich nicht über Nacht beenden, sie brauchen Zeit.

Sind wir einmal mit den Russen zum Frieden gekommen, so ist, meiner Ansicht nach, der allgemeine Friede nicht mehr lange zu verhindern, trotz aller Anstrengungen der westlichen Entente-Staatsmänner. Ich habe vernommen, es sei hier und dort nicht verstanden worden, warum ich in meiner ersten Rede nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt hatte, daß es sich jetzt in Brest nicht um einen allgemeinen, sondern um einen Separatfrieden mit Rußland handle. Das war die notwendige Konstatierung einer klaren Tatsache, welche auch Herr Trotski rückhaltlos anerkannt hat, und sie war notwendig, weil man auf einer anderen Basis verhandelt, das heißt in einem begrenzteren Rahmen, wenn es sich um einen Frieden mit Rußland allein, als wenn es sich um einen allgemeinen Frieden handelt.

Obwohl ich mich keinen Illusionen darüber hingeben, daß die Frucht des allgemeinen Friedens nicht über Nacht reifen wird, so bin ich dennoch überzeugt, daß sie im Reifen begriffen ist und daß es nur eine Frage des Durchhaltens ist, ob wir einen allgemeinen, ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht. Ich bin in dieser Ansicht neuerdings bestärkt worden durch das Friedensangebot, welches der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an die ganze Welt gerichtet hat. Es ist dies ein Friedensangebot; denn in vierzehn Punkten entwickelt Herr Wilson jene Grundlagen, auf welchen er den allgemeinen Frieden herbeizuführen wünscht. Es ist ganz selbstverständlich, daß kein solches Angebot ein Elaborat darstellen kann, welches in allen Details akzeptabel erscheint. Wäre dies der Fall, dann wären die Verhandlungen überhaupt überflüssig, durch ein einfaches Ja und Amen abgeschlossen werden. Das ist natürlich nicht der Fall. Aber ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-ungarischen Standpunkt finde und daß sich unter seinen Vorschlägen einzelne befinden, welchen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten.

Wenn es mir nunmehr gestattet ist, auf diese Vorschläge des Genauereren einzugehen, so muß ich zwei Dinge vorausschicken: Soweit sich die Vorschläge auf unsere Verbindeten beziehen — es ist von dem deutschen Besitz von Belgien und von dem Türkischen Reiche darin die Rede — erkläre ich, daß ich, getreu den übernommenen Bundespflichten, für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum Äußersten zu gehen fest entschlossen bin. Den vor-kriegsrechtlichen Besitzstand unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen. Das ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität.

Zweitens habe ich zu bemerken, daß ich die Rat-schläge, wie wir bei uns im Innern zu regieren haben, höflich, aber entschieden ablehne. Wir haben in Oesterreich ein Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes. Es gibt kein demokratisches Parlament auf der Welt und dieses Parlament zusammen mit den übrigen verfassungsmäßig berechtigten Faktoren allein haben das Recht, über interne Angelegenheiten Oesterreichs zu entscheiden. Ich spreche nur von Oesterreich, weil ich in der österreichischen Delegation nicht über interne Angelegenheiten des ungarischen Staates spreche. Ich würde das nicht für verfassungsmäßig halten. Wir mischen uns auch nicht in amerikanische Dinge, aber wir wünschen ebenso wenig eine ausländische Vormundschaft irgendeines anderen Staates. Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir auf die noch erübrigenden Punkte folgendes zu erwidern:

Zu dem Punkte, welcher von der Abschaffung der „Geheimdiplomatie“ und vollkommenen Offenheit der Verhandlungen spricht, habe ich nichts zu bemerken. Ich habe, soweit von öffentlicher Verhandlung die Rede ist, von meinem Standpunkte aus gegen eine solche Methode, soweit sie auf voller Reziprozität beruht, nichts einzuwenden, wenn ich auch lebhaften Zweifel hege, ob sie unter allen Umständen der praktischste und schnellste Weg ist, zu einem Ergebnisse zu gelangen. Diplomatische Verträge sind nichts anderes als Geschäfte. Nun kann ich mir leicht Fälle denken, wo beispielsweise zwischen Staaten handelspolitische Abmachungen zu treffen wären, ohne daß es wünschenswert wäre, das noch unfertige Ergebnis der ganzen Welt im Vorhinein mitzuteilen. Bei solchen Verhandlungen beginnen naturgemäß beide Teile damit, daß sie ihre Wünsche möglichst hoch schrauben, um nach und nach den einen und den anderen Wunsch als Kompensation zu verwerten, bis endlich jenes Gleichgewicht der gegenseitigen Interessen vorhanden ist, welches erreicht werden muß, damit der Abschluß eines Vertrages möglich sei. Sollten solche Verhandlungen vor der großen Öffentlichkeit geführt werden, so läßt es sich nicht vermeiden, daß die Öffentlichkeit für jeden einzelnen dieser Wünsche leidenschaftlich Stellung nimmt, worauf dann jeder Verzicht auf einen solchen Wunsch, selbst wenn er mit aus taktischen Gründen geäußert wurde, als eine Niederlage betrachtet würde. Wenn sich die Öffentlichkeit für einen solchen Wunsch besonders stark exponiert, kann dadurch das Zustandekommen eines Vertrages unmöglich werden, oder der Vertrag wird, wenn er doch zustande kommt, als eine Niederlage empfunden werden, vielleicht auf beiden Seiten. Dadurch würde aber das friedliche Zusammenleben nicht gefördert, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Reibungen zwischen den Staaten bewirkt werden. Was aber für Handelsverträge gilt, gilt auch für politische Abmachungen, die ja politische Geschäfte behandeln.

Wenn mit Abschaffung der Geheimdiplomatie gemeint ist, daß es keine Geheimverträge geben sollte, daß Verträge ohne Wissen der Öffentlichkeit nicht bestehen können, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß dieses Prinzip verwirklicht werde. Wie die Durchführung dieses Prinzips und seine Ueberwachung gedacht sind, weiß ich allerdings nicht. Wenn die Regierungen zweier Staaten einig sind, werden sie immer eine geheime Abmachung schließen können, ohne daß jemand etwas davon erfährt. Aber das sind Nebensachen. Ich bleibe nicht an Formeln und an einer mehr oder weniger formalen Frage wird von mir aus niemals ein vernünftiges Arrangement scheitern. Also über Punkt 1 läßt sich sprechen.

Punkt 2 betrifft die Freiheit der Meere. Der Herr Präsident hat bei diesem Postulate allen aus dem Herzen gesprochen und ich unterschreibe diesen Wunsch Amerikas voll und ganz insbesondere deshalb, weil der Herr Präsident die Klausel hinzugefügt: „Outside territorial waters“, das heißt also, die Freiheit des offenen Meeres, aber natürlich kein Gewaltvergriff in die diesbezüglichen Hoheitsrechte unseres treuen türkischen Bundesgenossen. Ihr Standpunkt in dieser Frage wird der unsere sein.

Punkt 3, welcher sich definitiv gegen einen zukünftigen Wirtschaftskrieg ausspricht, ist so richtig, so vernünftig, so oft von uns verlangt worden, daß ich dem ebenfalls nichts hinzuzufügen habe.

Punkt 4, welcher die allgemeine Abrüstung verlangt, erkläre ich in einer besonders guten, klaren Stilisierung die Notwendigkeit, die freie Rüstungskonkurrenz nach diesem Kriege auf jenes Maß herunterzubringen, welches die interne Sicherheit der Staaten erfordert. Herr Wilson spricht dies klipp und klar aus. Ich habe mir gestattet, den gleichen Gedanken vor einigen Monaten in meiner Budapest Rede zu entwickeln, er bildet einen Teil meines politischen Glaubensbekenntnisses und eine jede Stimme, welche sich in gleichem Sinne erhebt, begrüße ich dankbar.

Was den russischen Passus anbelangt, so beweisen wir bereits mit Laten, daß wir bestrebt sind, ein freundnachbarliches Verhältnis zu schaffen.

Was Italien, Serbien, Rumänien und Montenegro betrifft, so kann ich nur den Standpunkt wiederholen, den ich bereits in der ungarischen Delegation zum Ausdruck gebracht habe. Ich weigere mich, als Affekuranz für feindliche Kriegsabenteuer zu figurieren. Ich weigere mich, unseren Feinden, welche hartnäckig auf dem Standpunkte „des Kampfes bis zum Endsiege“ bleiben, einseitig Konzessionen zu machen, welche der Monarchie dauernd präjudizieren und den Feinden den unermesslichen Vorteil geben, den Krieg relativ ohne Risiko ins Endlose weiterschleppen zu können. (Beifall.) Möge Herr Wilson den großen Einfluß, den er zweifellos auf alle seine Bundesgenossen ausübt, dazu benutzen, daß sie ihrerseits die Bedingungen erklären, unter denen sie zu sprechen bereit sind, so wird er sich das unermessliche Verdienst erworben haben, die allgemeinen Friedensverhandlungen ins Leben gesetzt zu haben. Ebenso offen und ebenso frei, wie ich hier Herrn Wilson antworte, werde ich mit allen jenen sprechen, welche auch selbst sprechen wollen, aber es ist ganz selbstverständlich, daß die Zeit und die Fortdauer des Krieges nicht ohne Einfluß auf die diesbezüglichen Verhältnisse bleiben können. Ich habe dies auch schon einmal gesagt, Italien ist hierfür ein sprechendes Beispiel. Italien hat vor dem Kriege die Gelegenheit gehabt, ohne einen Schuß abzugeben, einen großen territorialen Gewinn zu machen. Es hat dies abgelehnt, es ist in diesen Krieg eingetreten, es hat Hunderttausende von Toten, Milliarden an Kriegskosten und zehntausenden von Verlorenen, es hat Not und Elend über die eigene Bevölkerung gebracht und dies alles nur um einen Vorteil, den es einmal haben konnte, für immer zu verlieren.

Was schließlich den Punkt 13 anbelangt, so ist es ein offenes Geheimnis, daß wir Anhänger des Gedankens sind, es möge „ein unabhängiger polnischer Staat, der die zweifellos von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte“, errichtet werden. Auch über diesen Punkt würden wir uns, so glaube ich, mit Herrn Wilson bald einigen. Und wenn der Präsident seine Vorschläge durch den Ge-

anken eines allgemeinen Völkerbundes krönt, so wird wohl nirgends in der österreichisch-ungarischen Monarchie dabei auf Widerstand stoßen.

Wie sich aus dieser Vergleichung meiner Ansichten und jener Herrn Wilsons ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden soll, im Wesentlichen überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte. Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Oesterreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widerstreiten, legt die Ermägung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine veröhnliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind. (Beifall.) Soviel über die Vorschläge Wilsons.

Und nun, meine Herren, erlaube ich zum Schluß. Aber dieser Schluß ist vielleicht das Wichtigste, was ich überhaupt zu sagen habe. Ich arbeite an dem Frieden mit der Ukraine und mit Petersburg. Der Friede mit Petersburg ändert an unserer definitiven Lage gar nichts. Nirgend stehen österreichisch-ungarische Truppen gegen die der Petersburger Regierung — wir haben die ukrainischen gegen uns — und exportieren kann man von Petersburg auch nichts, welches selbst nichts hat als die Revolution und die Anarchie, ein Exportartikel, den die Bolschewiki vielleicht gern exportieren möchten, dessen Annahme ich aber höflich ablehne. Trotzdem will ich auch einen Frieden mit Petersburg, weil er uns dem allgemeinen Frieden näher bringt wie jeder Friedensschluß. Anders steht die Sache mit der Ukraine. Denn die Ukraine hat Vorräte an Lebensmitteln, die sie exportieren wird, wenn wir handelskeins werden. Die Nahrungstrage ist heute eine Weltfrage. Ueberall, bei unseren Gegnern, aber auch in den neutralen Staaten spielt sie eine hervorragende Rolle. Ich will den Friedensschluß mit jenen russischen Reichen, welche ein Exportquantum an Nahrungsmitteln besitzen, benötigen, um unserer Bevölkerung zu helfen. Wir können und wir werden auch durchhalten ohne diesen Zuschuß. Aber ich kenne meine Pflicht und meine Pflicht gebietet es mir, alles zu versuchen, um der notleidenden Bevölkerung die Entbehrungen, die sie tragen muß, zu erleichtern, und darum werde ich nicht aus irgendeiner hysterischen Nervosität heraus, um den Frieden ein paar Tage oder ein paar Wochen früher zu bringen, auf diesen Vorteil für unsere Bevölkerung verzichten. Ein solcher Friede braucht seine Zeit, über Nacht läßt sich das nicht machen. Denn es muß bei einem Friedensschluß festgestellt werden, ob, was und wie der russische Kompazitent liefern wird; dies deshalb, weil die Ukraine ihrerseits nicht noch, sondern bei dem Friedensschlusse das Geschäft abzuschließen wünscht.

Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß die unglücklichen Verhältnisse in diesen neu entstandenen Reichen eine große Erschwerung und eine naturgemäße Verzögerung der Verhandlungen involvieren. Wenn Sie mir in den Rücken fallen, wenn Sie mich zwingen, Hals über Kopf abzuschließen, dann werden wir keine wirtschaftlichen Vorteile haben und dann muß eben unsere Bevölkerung auf den Vorteil, den sie aus dem Friedensschlusse haben könnte, verzichten. (Zustimmung.) Wenn ein Arzt eine schwierige Operation ausführen muß und hinter ihm stehen Leute mit der Uhr in der Hand und zwingen ihn, die Operation in wenigen Minuten zu beenden, dann wird vielleicht die Operation mit einem Fehler abschließen, aber der Kranke wird sich nachher für die Art der Ausführung bedanken. (Zustimmung.) Wenn Sie bei unseren heutigen Gegnern den grundsätzlichen Eindruck erwecken, daß wir um jeden Preis und sofort abschließen müssen, bekommen wir keinen Meterzentner Getreide und der Erfolg wird mehr oder weniger ein plattensüßiger sein. Es handelt sich gar nicht mehr in erster Linie um die Beendigung des Krieges an der ukrainischen Front; weder wir noch die Ukrainer haben die Absicht den Krieg fortzusetzen, nachdem wir uns auf der annerionslosen Basis geeinigt haben. Es handelt sich — ich wiederhole es zum zehntenmal — nicht um „imperialistische“, nicht um annexionsistische Pläne und Absichten, es handelt sich darum, unserer Bevölkerung endlich die verdiente Belohnung für standhaftes Durchhalten zu sichern und ihr jene Nahrungsmittel zuzuführen, die sie gern annehmen wird. Unsere Partner sind gute Rechner und beobachten genau, ob ich durch Sie in eine Zwangslage versetzt werde oder nicht. Wenn Sie sich den Frieden verderben wollen, wenn Sie auf einen Getreidezuschub verzichten wollen, dann ist es logisch, mich durch Reden, durch Beschlüsse, durch Streiks und Demonstrationen zu drängen, sonst nicht. (Zustimmung.) Und es ist tausendmal nicht wahr, daß wir in einer Lage sind, in der wir lieber heute einen schlechten Frieden ohne wirtschaftliche Vorteile als morgen einen guten mit wirtschaftlichen Vorteilen schließen müßten. Die Nahrungsschwierigkeiten entsprechen in letzter Instanz nicht dem Mangel an Nahrungsmitteln, es sind Kohlen, Transport- und Organisationskrisen, die werden behoben werden. Wenn Sie im Hinterlande Streiks arrangieren, so bewegen Sie sich in einem circulus vitiosus, die Streiks erhöhen und verschärfen die erwähnten Krisen und erschweren die Zufuhr von Nahrungsmitteln und von Kohlen. Sie schneiden sich damit in das eigene Fleisch und alle die, die glauben, daß solche Mittel den Frieden beschleunigen, begehen einen furchtbaren Irrtum. Es sollen in der Monarchie Männer das Gerücht ausbreiten, daß die Regierung den Streiks nicht ferne stehe,